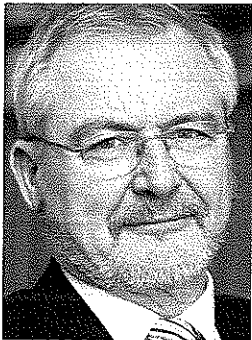




Die PPP-Jahresbilanz 2007: Etwas Licht an der Spitze – aber in der Breite noch zu viel Schatten!



Dr. Rüdiger Scheller, Vorsitzender Arbeitskreis PPP im BFW:
„Die Vereinfachung der Rahmenbedingungen ist wichtig, aber PPP kann nicht verordnet werden. Wenn das Vertrauen und der Wille zur Partnerschaft von Privat und Staat nicht gegeben sind, hat PPP kaum eine Chance. Gerade bei kleinen und mittleren Projekten muss sich in der grundsätzlichen Überzeugung auf beiden Seiten noch einiges bewegen.“

Mit deutlichen Worten hat Dr. Rüdiger Scheller als Vorsitzender des Arbeitskreises PPP im BFW zu Anfang des Jahres mehr sachliches Engagement auf privater und staatlicher Seite gefordert. Hintergrund für diese Äußerung ist die eher enttäuschende Bilanz der PPP Entwicklung für das Jahr 2007.

Viel Theorie – wenig Eigendynamik

So wurde zwar seitens des Bundesbauministeriums im April 2007 bereits vom Durchbruch für Public Private Partnership (PPP)-Projekte in Deutschland gesprochen. Und im November wurde von gleicher Stelle mit der Aussage nachgelegt, dass der Mittelstand bei PPP-Vorhaben gut eingebunden sei. Nach Einschätzung des Arbeitskreises PPP fällt aber das Jahresergebnis bei nüchterner Betrachtung erheblich weniger spektakulär aus. Festzuhalten bleibt: Es wurde breit über PPP gesprochen und berichtet. Es wurden feierlich Pilotprojekte und Leitfäden

aus der Taufe gehoben. Umfangreiche Beratungen, Hilfestellungen, Forderungen jedweder Art wurden produziert. Kurz: Das Thema war auch 2007 „en vogue“. Nur – und das ist die Kehrseite – im Bereich des von Überzeugung getragenen alltäglichen Handelns können die Praktiker des BFW-Arbeitskreises deutlich weniger Dynamik erkennen.

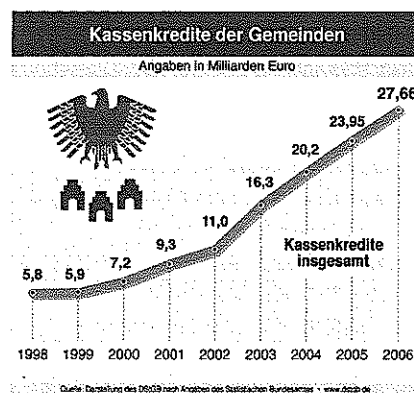
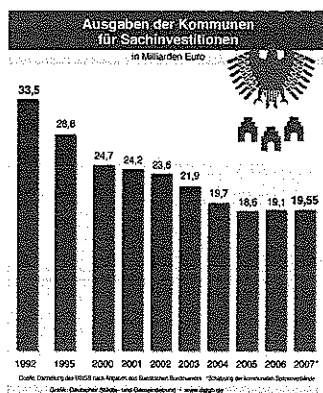
Ernüchterung und Negativbeispiel Berlin

Derzeit ist vielerorts etwas anderes zu spüren: Eine Ernüchterung und Ermüdung bezüglich Public Private Partnership. Im Grunde weiß man, worum es geht. Es wäre jetzt eigentlich an der Zeit, in die sachliche Diskussion der Machbarkeit und Umsetzung einzutreten. Der Arbeitskreis PPP beobachtet an vielen Stellen eine ideologische Verfestigung der Debatte. Dabei werden nach wie vor Argumentationsmuster ins Spiel ge-

bracht, die in der Sache selbst überholt und widerlegt sind, so zum Beispiel in Berlin. Dort sind sämtliche PPP-Aktivitäten im Oktober 2007 durch das Abgeordnetenhaus „auf Eis gelegt“ worden, obwohl mehrere Projekte erfolversprechend den Wirtschaftlichkeitsvergleich bestanden hatten. Die SPD-Fraktion hat gegen die ausdrückliche Unterstützung des eigenen Finanzsenators gestimmt.

Mögliche Ursachen

Neben diesem augenfälligen Beispiel der Blockade kann auf vielen Ebenen nach Ursachen gesucht werden, warum der Stein für die Zusammenarbeit zwischen Privat und Öffentlich nicht in der propagierten Weise ins Rollen kommt. Vielleicht hat die Belebung der Konjunktur daran einen guten Anteil. Nun verdrängt die konjunkturelle Erholung das Thema der überschuldeten Haushalte aus den Schlagzeilen. Ist damit schon die Luft raus aus der Idee partnerschaftlicher Projekte zwischen öffentlicher Hand und privater Seite? Aus Sicht des Arbeitskreises PPP hat ein nachlassendes Interesse an alternativen Finanzierungsformen gerade für die kommunalen Bereiche der kleinen bis mittleren Größenordnungen fatale Folgen. Denn die Versorgungsaufgaben der Kommunen sind in den letzten Jahren nicht verringert worden – eher im Gegenteil. Zugleich hatten die Kommunen wenig Spielraum, um ihre Einnahmen zu steigern. Das Dilemma ist bekannt: Viele Kommunen sind weiter überschuldet und schieben die Schuldenberge weiter vor sich her; deshalb kann fast nicht mehr investiert werden.



Schwachpunkt Immobilienmanagement – Kooperationspotential für den BFW

Und es ist ebenfalls eine Tatsache, dass viele Kommunen derzeit ein zeitgemäßes Immobilienmanagement ihres Bestandes nicht leisten können und auch noch nicht leisten müssen. Heute weiß man also häufig nicht, welche Werte und Kosten wirklich zu Buche schlagen. Mit der Umstellung auf die doppelte Buchführung im öffentlichen Bereich muss sich das ändern. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, dass diese bis spätestens 2011 vollzogen werden soll. Speziell im Bereich des mangelhaften Immobilienmanagements der öffentlichen Hand besteht ein enormes Kooperationspotential für die Mitgliedsunternehmen des BFW. Genau an diesem Punkt setzt das Wirken des BFW-Arbeitskreises PPP an. Denn diese Schnittstellen zur kommunalen Bau- und Immobilienverwaltung müssen im Hinblick auf die künftigen Veränderungen transparent gemacht werden. Die entschei-

dende Frage ist doch: Wer will so weitermachen wie bisher, und wer ist wirklich offen für neue Formen der Partnerschaft?

Jährliche Verschwendung vs. Versprechen gehalten

Im Hinblick auf den öffentlichen Umgang mit Immobilien und Bauinvestitionen taucht sehr schnell ein negatives Bild auf – das schon traditionell schlechte jährliche Zeugnis der Rechnungshöfe. Stellvertretend dafür steht die Bilanz des Bundesrechnungshofes für das Jahr 2007: Darin wird die Verschwendung öffentlicher Gelder in Höhe von fast zwei Mrd. Euro belegt. Es gibt aber auch positive Beispiele – und diese dürfen nicht unter den Tisch fallen. Dazu gehört das Kita-Modellprojekt in Halle. Dort ist die Weisenburger Kita GmbH für die private Seite der PPP verantwortlich und hat Wort gehalten. Am 13. Dezember 2007 hat Bernd Weisenburger, der auch engagiertes Mitglied des AK PPP ist, die erste von vier neuen Kindertagesstätten zur Nutzung übergeben. Die Stadt Halle kommentierte das mit den Worten, auf die Partner im Mittelstand sei eben Verlass. Das hört man viel zu selten.

Partnerschaft aufbauen und unterstützen

Zurück zur PPP-Bilanz für 2007: Müsste das Interesse an PPP vor der oben beschriebenen Situation bei Kommunen und Privatwirtschaft nicht einen klaren Trend nach oben zeigen? Die Antwort lautet: Ja, das müsste so sein, wenn die Gesamtschätzung

der Situation bei allen Beteiligten mindestens annähernd gleich wäre. Das ist heute leider nicht der Fall. Denn in der Vorbereitung von PPP-Modellen begegnen sich heute noch sehr oft keine Partner, sondern die Beteiligten werden als Vertreter von gegenläufigen Interessen wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund richtet Dr. Rüdiger Scheller als Vorsitzender des AK PPP

im BFW seinen dringenden Appell zum Jahresbeginn an Staat und Wirtschaft – und speziell auch an alle Mitglieder des BFW. Das Allgemeinwohl zu fördern und einen gemeinsamen Nutzen zu schaffen muss das alleinige Ziel im Feld der öffentlichen Infrastruktur werden. Dieses Anliegen hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund bereits in seinem Positionspapier 2004 so formuliert: Die Gemeinde braucht privates Engagement und die Wirtschaft. Bürger, Private sowie Handel und Wirtschaft benötigen aber auch starke und attraktive Gemeinden sowie Mitarbeiter in der Verwaltung mit hoher Fachkompetenz. Nur wenn Kommunen und Private bei ihren Entscheidungen Allgemeinwohlinteressen im Sinne einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung in den Vordergrund stellen, kann eine positive Entwicklung im Interesse unserer Städte und Gemeinden und ihrer Bürger gelingen. Jetzt, im Jahre 2008, wird es allerhöchste Zeit, dass die Beurteilung von PPP ehrlich, offen, unvoreingenommen und im Sinne der Allgemeinheit vonstatten geht. Dazu will und muss der AK PPP weiter beitragen. ■